L A N D E S R A T
des
SAARGEBIETES.

II.Wahlperiode/ 36.Sitzung.
4.Sitzungsperiode 1927(1)

STENOGRAPHISCHER BERICHT

über die am Dienstag,den 11.Oktober 1927 im Neuen Sitzungssaal des Rathauses der Stadt Saarbrücken stattgefundene Vollversammlung des Landesrates.

Vorsitzender Scheuer: Meine Herren! Ich eröffne die Sitzung.(10 Uhr 10 Minuten vormittags.)

Entschuldigt fehlen die Herren:

Karius (Z)-Saarbrücken; Levacher(Z)-Saarlouis; Heckler(KP)-Wiebelskirchen; Albert(WP)-Altheim; Eifler(KP)-Neunkirchen; Seiwert(Z)-Merzig.

Die Regierungs-Kommission ist vertreten durch

den Staatskommissar,Herrn Oberregierungsrat Dr.Heim.

Die

T A G E S O R D N U N G

liegt Ihnen vor. Sie umfaßt folgende Punkte:

I. Wahl der Beisitzer des Vorstandes;

II. Bildung der Kommissionen;

III. Begutachtung der Verordnungs-Entwürfe der Regierungs-Kommission betr.:

1) Jugendwohlfahrt;

2) Abänderung der Strafprozeßordnung;

3) Abänderung der Bestimmungen über das Wohnungswesen;

4) Luftschiffahrt;

5) Organisation des Arbeitsnachweiswesens im Saargebiet;

6) Abänderung des § 108 der Zivilprozeßordnung;

7) Abänderung des § 87 der Wechselordnung.

Wir

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 6
A4

Wir kommen zu Punkt 1 der Tagesordnung,

Wahl der Beisitzer des Vorstandes.

Die Wahl hat schriftlich zu erfolgen. Stimmzettel sind verteilt. Wenn das Wort nicht gewünscht wird, um Vorschläge zu machen, bitte ich, die Stimmzettel einzusammeln.-

Abgegeben wurden 19 Stimmzettel. Es entfallen auf die Abgeordneten

Betz;	Hussong;	Eifler;	Heinz;	Martin.
18	10	6	2	1

Stimmen. Danach sind die Abgeordneten Betz und Hussong gewählt.

Ich frage die Herren Betz und Hussong, ob sie die Wahl annehmen?

Die Abgeordneten Betz und Hussong nehmen die Wahl an.

(Zurufe: Hört, hört!)

(Zuruf des Abg. Reinhard: Der Bürgerblock ist eingezogen!)

- Lachen -

- o -

Wir kommen nun zu Punkt II der Tagesordnung,

Bildung der Kommissionen.

Ich schlage vor, es bei der bisherigen Besetzung der Kommissionen zu belassen. - Widerspruch erhebt sich nicht!- Punkt II der Tagesordnung ist somit erledigt.

Wir kommen nun zu Punkt III der Tagesordnung.

Begutachtung der Verordnungs-Entwürfe der Regierungskommission.

Es ist vorgeschlagen, die Verordnungs-Entwürfe wie folgt in die Kommissionen zu verweisen:

1)Jugendwohlfahrt	in die Wohlfahrts= und Verwaltungs-Kommission;
2)Abänderung der Strafprozeßordnung	in die Rechtskommission;

3)

LH Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 6 A4 I

3) Abänderung der Bestimmungen über das Wohnungswesen	in besondere Kommission;
4) Luftschiffahrt	in die Kommission für Wirtschafts= und Rechtsfragen;
5) Organisation des Arbeitsnachweiswesens	in die Soziale Kommission;
6) Abänderung des § 108 der Zivilprozeßordnung,	in die Rechts-und Wirtschaftskommission;
7) Abänderung des § 87 der Wechselordnung	in die Rechts-und Wirtschaftskommission.

Wenn sich kein Widerspruch erhebt, ist dieser Punkt erledigt und somit die Tagesordnung verabschiedet.

Außerhalb der Tagesordnung hat der Herr Abgeordnete Kiefer das Wort!

Abg. Kiefer(Z): Meine Herren! Ich bin beauftragt worden von meiner Partei, der Sozialdemokratischen Partei und der Deutsch-Saarländischen Volkspartei, eine Erklärung abzugeben zu der Frage der Elektrizitätswirtschaft.

Wie Sie wissen, herrscht da keine Einheitlichkeit und es dürfte gut sein, im Interesse der Bevölkerung und insbesondere auch im Interesse der Bergleute zu einer einheitlichen Auffassung in der Elektrizitätswirtschaft des Saargebietes zu kommen. Die Erklärung hat folgenden Wortlaut:

" Das Ziel dieser Wirtschaftspolitik im Saargebiet, also auch der Elektrizitätswirtschaft, muß sein, der Saarkohle genügenden Absatz zu schaffen und vor allem das alte Absatzgebiet wieder zu gewinnen. Zersplitterungen auf dem Gebiete der Elektrizitätswirtschaft könnten sich auf die Dauer zum Nachteil des Saarkohlenabsatzes auswirken. Die Mehrheit des Landesrates ist in Anbetracht der großen Bedeutung, die dieser Frage beizumessen ist, der Ansicht, daß sich alle Beteiligten zusammensetzen, um eine den Interessen der Bevölkerung des Saargebietes und der Bergarbeiter am besten dienende Lösung zu finden. Es wird bedauert, daß die maßgebenden Stellen nicht rechtzeitig diese wichtige Frage mit den Parteien besprochen haben, um eine möglichst einheitliche Lösung im Interesse der ganzen Bevölkerung des Saargebietes zu erzielen."

Nun noch einige Bemerkungen zu anderen wichtigen Fragen, die uns als Vertreter des Volkes beschäftigen müssen. Meine

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 6
A4 I

Meine Herren! Schon verschiedentlich ist in diesem Hause auf die große Gefahr hingewiesen worden, die durch den Abbau der saarländischen Flöze von Frankreich aus, dem Saargebiet, der Saarwirtschaft und der Saarbevölkerung droht. Wie bekannt ist, hat der französische Staat an die Firma „Saar und Mosel" schon einen guten Teil des Warndtgebietes unter dem Namen „Grube Carlsbrunn" verpachtet. Von französischem Boden aus geschieht die Ausbeute der Flöze, die unter deutschem Gebiet lagern und dem deutschen Volke gehören. Nunmehr geht das Gerücht in der Bevölkerung, daß zwischen dem französischen Staat und der Firma de Wendel ein ähnliches Abkommen getroffen wurde, von dem die Regierungskommission lakonisch in kurzen Worten in Kenntnis gesetzt worden sei. Wir wissen nicht, was an diesen Gerüchten wahr ist. Durch die Presse ging die Mitteilung schon, daß die gesamten Saargruben an de Wendel verpachtet worden sein sollen, was allerdings über das Ziel hinausschießen dürfte. Daß diese Mitteilung in der Bevölkerung große Beunruhigung hervorgerufen hat, ist sehr begreiflich. Im Warndtgebiete liegen die besten Flöze des Saarkohlengebietes, und diese besten Flöze bilden die notwendige Reserve für die Zukunft des Saargebietes. Und auf der Kohle beruht die wirtschaftliche Zukunft des Saargebietes, somit auch die Zukunft der Saarbevölkerung. Wir müssen daher als Volksvertreter von dieser Stelle aus schärfsten Protest dagegen erheben, daß man die Bestimmungen des Versailler Vertrages so auslegt, als ob sie Frankreich das Recht gäben, die Kohlen von Frankreich aus unter deutschem Boden ausbeuten zu lassen. Etwas anderes wäre es, wenn man im Saargebiet selbst die Schächte abteufen würde, um so die ortsansässige Bevölkerung auf eigenem Boden zu beschäftigen. Durch diese Ausbeute der saarländischen Kohlenflöze durch Frankreich wird die Zukunft des Saargebietes, wie ich schon betont habe, auf das stärkste bedroht. Denn wenn bis 1935 die Sache noch anhält und jährlich bis zu 1 Million Tonnen aus dem Saargebiet quasi gestohlen werden, dann sind sie natürlich-man weiß ja nicht, wie die spätere Lösung gefunden wird- für uns verloren. Es erwächst aber auch aus dieser Tatsache eine eminent wichtige politische Gefahr. Die Menschen des Kandgebietes werden so gezwungen, in Frankreich selbst zu arbeiten. Sie werden wirtschaftlich und auch sozialpolitisch an Frankreich gebunden. Und wo die Abstimmung später hier nach Gemeinden stattfindet, und wir aus den Erfahrungen in Oberschlesien gelernt haben, weiß man noch nicht, mit welchen Druckmitteln man versuchen wird, die Menschen, die hier wohnen, und drüben wirtschaftlich und sozialpolitisch gebunden sind, durch diese Momente schließlich auch politisch zu beeinflussen. Wir müssen daher schärfsten Protest dagegen erheben gegen diese wirtschaftlichen und politischen sehr naheliegenden Gefahren, schärfsten Protest erheben gegen die Maßnahmen des französischen Staates. Wir bitten den Herrn Staatskommissar, der

Regierung

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 6
A4

LHA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 6 A4 I

Regierung zu sagen, daß der Landesrat erwartet, daß in Bälde die Regierungskommission genau bekannt gibt, was tatsächlich an den Gerüchten wahr ist, und was sie zum Schutze der saarländischen Lebensinteressen zu tun gedenkt.

Eine weitere Frage, meine Herren! Ich erzähle Ihnen nichts Neues, wenn ich sage, daß die Lage der arbeitenden Bevölkerung des Saargebietes eine trostlose ist. 80 % der Bevölkerung des Saargebietes gehören der Arbeiterschaft an, und davon sind wiederum 50 % im Bergbau beschäftigt. Wie die Lage der Bergarbeiter ist, brauche ich hier nicht mehr zu schildern, weil es zur Genüge in der Tagespresse und in den Verbandsorganen der Gewerkschaften geschehen ist.

(Zuruf des Abg. Reinhard: "Demonstration!")

Ich kann nur das eine sagen, die Lage der Bergarbeiter ist trostlos, und es muß Aufgabe der Regierungskommission sein, dafür einzutreten, daß sie ihre Regierungsaufgabe, die Wohlfahrt der Bevölkerung zu schützen und zu pflegen, grundsätzlich auch durchführt. Die Regierungskommission hat dem Telegramm, das anläßlich der Demonstration an den Völkerbundsrat gerichtet wurde, einen sogenannten Kommentar beigegeben. In diesem Kommentar zieht die Regierungskommission Vergleiche zwischen dem Saarbergbau und dem Ruhrbergbau. Diese Vergleiche sind völlig abwegig. Wenn die Regierungskommission sich darauf bezieht, daß in Deutschland 1921 und 1922 im Ruhrbergbau 552000 Bergarbeiter beschäftigt gewesen seien, so sage ich, daß diese Beschäftigung nur erfolgt ist durch den Druck, den die Mächte, die durch den Versailler Vertrag als sogenannte Sieger gestempelt worden sind, auf Deutschland ausgeübt haben. Deutschland mußte trotz der Kohlennot im eigenen Lande Reparationskohle in großen Mengen an Frankreich, Belgien, Luxemburg und Italien liefern. Unter diesem Zwang erfolgte eine erhebliche Vermehrung der Belegschaft, da der durch die Entbehrungen des Krieges ausgemergelten Stammbelegschaft keine größeren Leistungen abgepreßt werden konnten. Die Vermehrung war doch auch notwendig, um der großen Kohlennot in Deutschland selbst gerecht zu werden. In der Zwischenzeit erfolgte nun eine Stabilisierung der Verhältnisse. Der Bergbau des Ruhrgebietes erholte sich, mußte infolge der englischen Konkurrenz scharf rationalisieren, und führte nach und nach die Belegschaftsstärke auf die Vorkriegsstärke zurück. Daraus nun Vergleiche mit dem Saarbergbau anstellen zu wollen, ist grundfalsch. Im Ruhrbergbau sind sicherlich in einem Zeitraum von mehr als drei Jahren 150 000 Arbeiter des Bergbaues entlassen worden. Heute sind aber nur 9000 arbeitslos. Die Leute kamen eben wegen der Vielseitigkeit der Industrie anderweitig unter, während das hier im Saargebiet nicht zutrifft. Wir haben hier eine ortsgebundene Belegschaft im Gegensatz zum Ruhrgebiet, wo Leute aus allen Gegenden

Deutschlands zusammengeströmt sind. Hier sind die Bergleute auf einen Arbeitgeber angewiesen,den französischen Staat, und wenn der sie auf die Straße setzt,wissen sie keine Arbeit mehr zu finden. Alle Gruben gehören ja dem französischen Staat. Im Ruhrgebiet sind so und so viele Privatunternehmer neben dem preußischen Staat,und da ist es leichter wieder Arbeit zu finden, weil bei der Abkehr von der einen Grube der Arbeiter sofort einen Schachtturm eines anderen Grubenbesitzers im Arme hält. Zudem kamen die nach und nach entlassenen Ruhrbergleute zum großen Teile im deutschen Kali-und Braunkohlenbergbau unter, was den Leuten nicht so schwer fiel, weil sie nicht ortsgebunden sind. Wenn aber hier ein Bergmann in „Velsen" entlassen wird, dann kann er bis„König" laufen,findet keine Arbeit, weil er überall auf einen Arbeitgeber stößt und auf der schwarzen Liste steht. Unsere verheiratete Bergarbeiterbelegschaft ist über die Hälfte Hausbesitzer. Wenn so ein Mann entlassen wird, kann man ihm nicht zumuten, nun nach Aachen oder Oberschlesien auszuwandern. In der übrigen Industrie ist auch so leicht kein Unterkommen zu finden. Darum ist es besondere Aufgabe der Regierungskommission,dafür zu sorgen,daß hier Entlassungen möglichst vermieden werden.

Noch ein anderes ist abwegig. Die Saargruben wurden zwangsweise der französischen Wirtschaft angegliedert. Also muß ein Vergleich mit dem französischen Bergbau gezogen werden. In Frankreich herrscht Mangel an eigenen Kohlen. Rund 40 % des Kohlenbedarfs muß aus dem Auslande eingeführt werden. Die Belegschaft wird vermehrt, besonders in Lothringen,wo die Förderung noch durch Überschichten forciert wird.Da muß der Regierungskommission mit aller Deutlichkeit und eindringlichkeit zu Gemüte geführt werden, daß sie nicht Vergleiche zwischen Saar-und Ruhrbergbau anstellen kann, sondern zwischen Saar-und französischem Bergbau.

Ein weiteres: Trotz ständiger Klagen,man könne die Forderungen der Bergarbeiterorganisationen nicht bewilligen,hat der französische Staat im vorigen Jahre- neben den großen Abschreibungen,Bereitstellungen und sonstigen " Verflüssigungen"- 112,5 Millionen Franken Reingewinn aus den Saargruben erzielt. Mit den gezahlten Bergarbeiterlöhnen steht das in krassem Widerspruch. Wenn man die Löhne,die Teuerung und die Kohlenpreise zu Anfang 1925 gleich 100 setzt, dann wird man bei Verfolg ihrer Entwicklung finden, daß die Löhne im Oktober 1926 um rund 30 Prozent hinter der Teuerungs-und Kohlenpreisentwicklung zurückgeblieben waren. Und das trotz der großen Gewinne! Als sich dann durch Senkung der Teuerungslinie die Löhne wieder dem Verhältnis,das sie 1925 zur Teuerung hatten,wieder näherten,baute die Bergwerksdirektion die Löhne schnell ab,sodaß das Verhältnis wieder so ungünstig ist wie im Oktober vorigen Jahres. Wenn auch die Regierungskommission einzelnen in Not geratenen Arbeitern hilft,so sind und bleiben das nur Palliativmittelchen. Die

LHA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 6 A4

Die Aufgabe der Regierungskommission muß sein, dafür zu sorgen, daß hier nicht 80 % der Bevölkerung nach und nach verelenden. Verelenden diese Menschen, dann verelendet auch der Mittelstand.

Und noch etwas: Im Saargebiete spielte sich vor dem Schlichtungsausschuß ein Schauspiel ab. Die Hüttenarbeiter haben notwendige Lohnfprderungen gestellt, der Schiedsspruch entschied etwas zu ihren Gunsten. Aber was tun die Unternehmer? Sie lehnen den Schiedsspruch oder seine Befolgung glatt ab. Es ist geradezu unverständlich, daß man so handeln kann, trotzdem man weiß, daß die Forderungen der Hüttenarbeiter gerecht sind. Es ist daher an der Zeit, einmal ein recht ernstes Wort zu sagen. Will man uns an der Saar politisch auseinandertreiben, einen Keil zwischen uns treiben, dann soll man im wirtschaftlichen und sozialen Leben den Geist weiter walten lassen, der leider Gottes heute hier waltet. Von dem wirtschaftlichen und sozialen Verhalten führender deutscher Männer im Wirtschaftsleben wird schließlich die politische Einstellung vieler Arbeiter bestimmt. Wenn keine andere Einstellung kommt, dann sind die nationalen Gefahren längst nicht überwunden. Es ist leicht, an die Regierungskommission Forderungen zu stellen, die einem persönlich nicht weh tun; Aufgabe unserer deutschen Wirtschaftsmenschen, die auch hier im Hause vertreten sind, muß doch sein, in der Lohnfrage so zu handeln, daß sie vorbildlich der Regierungskommission und der Bergwerksdirektion vorgeführt werden können. Dieses Handeln erfordert die Stunde!

Noch ein Weiteres. Wir haben seit Jahren darum gekämpft, daß die soziale Gesetzgebung an der Saar endlich so geformt und gestaltet wird wie drüben im Reiche. Man kann nicht sagen, daß das Reich aus Wollust seine Sozialversicherung so gestaltet hat, sondern die Sozialversicherung wurde geformt und gestaltet, weil es eine Notwendigkeit ist, weil endlich alle Menschen die im Staate leben, erkennen müssen, daß sie keine Ausgestoßenen, sondern Glieder eines Volkes sind. Wenn das Reich seine Sozialversicherung so reformiert hat, dann war es Pflicht und Aufgabe der Regierungskommission, sich dem französischen Staate gegenüber durchzusetzen und an der Saar dasselbe zu schaffen. Nach langem Mühen und vielen Kämpfen sind wir soweit, daß in Berlin ein Abkommen zustande kam, das auch von den Regierungen ratifiziert wurde, sowohl von der Reichsregierung als auch durch die Regierungskommission des Saargebietes. Jetzt kommt es darauf an daß hier bei der Regierungskommission in schnellem Tempo gearbeitet wird, damit das Ergebnis dieser Abmachungen fruchtbar wird, damit die Menschen die auf das Ergebnis angewiesen sind, endlich in seinen Genuß kommen. Ein Klagelied davon zu singen ist verfehlt, weil jeder die Lage der Sozialrentner kennen muß, der im Volke steht.

Noch

L.R. Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 6 A4

212

Noch ein Weiteres: Wir finden immer mehr die Notwendigkeit, hier im Saargebiet das Schlichtungswesen in deutscher Form einzuführen. Wir sehen, daß das Schlichtungswesen im Saargebiet auf äußerst schwachen Füßen steht. Es wurzelt noch im Hilfsdienstgesetz des Krieges und wird von der französischen Bergwerksdirektion nicht anerkannt. Es ist höchste Zeit, daß die Dinge sich so entwickeln,daß hier das Schlichtungswesen eingeführt wird, wie in Deutschland, damit die Widerspenstigen gezwungen werden das zu tun, was die Mehrheit des Volkes für richtig erachtet. Das wären die Wünsche, die wir heute hier vorzubringen hätten. Es könnte noch weiter ausgeholt werden über dieses oder jenes. Es erscheint uns nicht zweckmäßig in die Breite zu gehen.

Zum Schlusse noch einige Anfragen:

" Die Zentrumsfraktion ersucht den Herrn Staatskommissar,dem Landesrat Auskunft zu geben, wie die Regierungskommission die Mittel aufzubringen gedenkt, die zur Durchführung der Beamtenbesoldungsreform erforderlich sind. Die Bevölkerung des Saargebietes ist an dieser Frage lebhaft interessiert,weshalb um schnelle Beantwortung der Anfrage gebeten wird.

Die Zentrumsfraktion des Landesrates ersucht den Herrn Staatskommissar um baldige Auskunft,was die Regierungskommission zu tun gedenkt,um eine ausreichende Erhöhung der Löhne aller Arbeiter und Angestellten der gesamten Privatindustrie und des Bergbaues zu erreichen. Die Not innerhalb der Arbeitnehmerschaft des Saargebietes war selten so groß wie gegenwärtig. Schnelles Eingreifen zugunsten einer ausreichenden Lohnaufbesserung ist dringendes Erfordernis. Da die Arbeitnehmerschaft sich in einer begreiflichen Erregung befindet, wird die Regierungskommission gebeten, die Anfrage bald zu beantworten.

In Anbetracht der Notlage innerhalb der arbeitenden Bevölkerung des Saargebietes ersucht die Zentrumsfraktion den Herrn Staatskommissar um Auskunft, in welcher Höhe und von welchem Termine ab die Regierungskommission die Löhne der Arbeiter und Angestellten aufzubessern gedenkt, die in Betrieben beschäftigt sind,(Eisenbahn,Post,Telegraphie,Wegebau) die der Regierungskommission unterstehen.- Die Lebensverhältnisse der Arbeiter und Angestellten erfordern schnelles Handeln,da dringend notwendige Beschaffungen für den Winter erforderlich sind. "

Neben diesen Anfragen sind noch einige Anträge von der Mehrheit des Landesrates gestellt worden. Diese unterstützen wir. Dieselben werden noch bekanntgegeben und ich kann jetzt darauf verzichten, sie vorzulesen. Unsere Fraktion stimmt ihnen allen zu bis auf einen bezügl.der Beamten-Besoldung. Wir stehen auf dem Standpunkt,den die Beamten eingenommen haben, daß es nicht opportun erscheint,

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 6
A4

erscheint, in größeren Ausführungen zur Reform Stellung zu nehmen. Wir müssen uns bemühen, unsere Kräfte dahin walten zu lassen, daß wir hier im Saargebiet die deutschen Menschen des Wirtschaftslebens soweit zu bringen, daß sie als Beispiele wirken für die Regierungskommission.

(Bravo- Rufe !)

Vorsitzender:

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 6

A4

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Hoffmann!

Abg. Hoffmann(SP): Meine Herren! Die sozialdemokratische Fraktion ist sehr erstaunt darüber gewesen, daß in einer Ecke des Saargebietes bestimmte Leute Schritte unternommen haben, ohne daß die Öffentlichkeit davon etwas wußte, um einen bestimmten Teil der Saarwirtschaft vom Saargebiet abzutrennen. Es geht nicht an, daß die Elektrizitätswirtschaft des Saargebietes an ein großes Unternehmen, das im Reich oder an der Ruhr seinen Sitz hat, angegliedert wird, weil dadurch insbesondere die Bergarbeiterschaft und damit selbstverständlich das ganze Saarvolk in Mitleidenschaft gezogen wird. Unsere Partei protestiert deshalb gegen das Vorgehen dieser Leute. Sie hätte erwartet, daß man, ehe man solche weittragenden Beschlüsse faßt, mit allen Kreisen des Saargebietes Fühlung nimmt. Sie hofft, daß das Vorgehen rückgängig gemacht wird und erwartet, daß die Regierungsstellen alles einsetzen, damit die bereits gefaßten Beschlüsse des Zweckverbandes praktisch nicht durchgeführt werden. Sie erwartet aber auch, daß die politischen Vertreter im Zweckverband ihre Meinung ändern, daß aber besonders die Vertreter des Kreises St.Wendel-Ottweiler ihre Auffassung dahin konzentrieren, daß sie sich dem an der Saar bestehenden kommunalen Elektrizitätswerk anschließen. Ich betone, daß wir uns auch deshalb der allgemeinen Erklärung angeschlossen haben, um so ein allgemeines Votum des Landesrates zustande zu bringen, damit die infrage kommenden Körperschaften sich diese Frage nochmals überlegen. Jedenfalls geht es nicht an, daß einige Herren solche Maßnahmen ergreifen, ohne sich der Tragweite ihrer Handlungen bewußt zu sein.

Dann kann ich zu der allgemeinen Wirtschaftsfrage die Auffassung meiner Partei herausholen, daß es nach unserem Dafürhalten so wie es im letzten halben Jahre an der Saar gegangen ist, nicht weitergehen kann. Wir erlebten, daß der Lohn-und Gehaltsabbau im März, April und Mai ds.Js. durchgeführt worden ist, und die maßgebenden Instanzen haben dabei erklärt, daß sich dadurch die Lebenshaltung verbilligen würde. Wir stellen demgegenüber fest, daß die Teuerungsziffer seit Durchführung des Lohnabbaues fast ein und dieselbe Höhe behalten hat. Also eine Verbilligung ist nicht eingetreten. Jedenfalls ist eine Verschlechterung eingetreten dadurch, weil sich im Bergbau die Absatzschwierigkeiten verstärkt haben und Feierschichten auf Feierschichten eingelegt worden sind. Bis jetzt hatten die Arbeitnehmer im Bergbau 17 Feierschichten. 17 Feierschichten bedeuten für die Leute einen ungeheueren Lohnausfall. Dieser Lohnausfall macht sich in den Arbeiterfamilien bemerkbar, und es ist selbstverständlich, daß die Arbeiter zu gewissen Maßnahmen greifen, die sonst normalerweise nicht ergriffen werden. Ich betone,

LHA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 6

A4 I

betone, daß es richtig ist, daß die Saar-Wirtschaft oder die französische Wirtschaft in der Lage ist, dafür zu sorgen, daß die Saarkohle ganz verbraucht wird. Mein Herr Vorredner hat bereits darauf hingewiesen, daß Frankreich Kohleneinfuhrland ist,und es müßte die erhabene Aufgabe des französischen Staates sein, dafür zu sorgen, daß die Kohlen, die im eigenen Betrieb erzeugt werden, in erster Linie Absatzmöglichkeiten erhalten. Deshalb können wir nicht verstehen, daß der französische Staat noch große Kohlenvorkommen an eine Privatfirma verpachtet hat, die letzten Endes als Konkurrenz in Erscheinung tritt. Meine Partei protestiert nicht allein aus politischen Gründen, sondern auch aus wirtschaftlichen Gründen gegen dieses Vorgehen,weil dadurch die Absatzmöglichkeiten der Saar-Kohle wesentlich eingeschränkt worden sind.

Ich glaube betonen zu sollen, daß der französische Staat und die Regierungskommission endlich an die Arbeit gehen müssen, damit die Absatzmöglichkeiten für die Saarkohlen geschaffen werden. Wir betonen aber auch, daß das Vorgehen der Grubenverwaltung nicht dazu angetan ist, die Absatzmöglichkeiten zu fördern. Wir sehen, daß durch die Initiative der Gewerkschaften die Reichsbahn Frachtermäßigungen für Saarkohlen zugesagt hat und daß die französische Grubenverwaltung dies aber dazu benutzt, um höhere Gewinne einhamstern zu können. Es geht nicht an, wenn durch die Gewerkschaften Ermäßigungen erzielt werden, daß diese benutzt werden,um höhere Gewinne zu erzielen, sondern damit mehr Kohlen abgesetzt werden können. Das bedeutet, daß die Kohlenpreise abgebaut werden müssen und dadurch ein Anreiz beim Käufer geschaffen wird.

Wir betonen weiter, daß in der Lohnfrage etwas geschehen muß. Es kann so nicht weitergehen, und wir vertreten die Auffassung, daß die Notlage in den Kreisen der Arbeiter ungeheuer ist und daß unbedingt etwas geschehen muß. Wir wissen bestimmt, daß die Arbeitgeber, ganz einerlei, ob deutsch oder französisch, in all diesen Fragen ihr Arbeitgeberherz herausholen, aber wir können nicht verstehen,wenn das Reich bestimmte Opfer bringt durch Zollstundungen, geldliche Hilfe u.dgl.m.,daß dann noch die Arbeitgeber, die deutsch eingestellt sein wollen, eine solch rückschrittliche Haltung einnehmen. Wir betonen, daß es so nicht weitergehen kann,. Es wird Aufgabe der politischen Parteien und der Gewerkschaften sein, daß, wenn diese sich weiter so einstellen, alles daransetzen, daß die Hilfe des Reiches in dieser Hinsicht eingestellt wird. Es geht nicht an, daß das Reich Millionen Beträge als Hilfe an die Saar steckt und die Arbeitgeber haben den Nutzen davon. Zollstundungen werden gewährt und die Arbeitnehmer haben keinen Nutzen davon, wie es hier an der Saar in Erscheinung getreten ist. Die Arbeitgeber einer Industrierichtung, die sich nicht

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 6 A4 I

schlecht stehen,- wenn ich die Schwer=und Fertigindustrie berücksichtige-, die keine Absatzschwierigkeiten hat,müßten in der Lage sein, den Schiedsspruch anzuerkennen. Dagegen protestiert unsere Partei und sie stellt und erhebt die Forderung,daß die Reichsstellen sich einmal überlegen müssen, ob sie der Saarindustrie noch weiter so entgegenkommen,wie es in der Vergangenheit geschehen ist, wenn für die Arbeitnehmerschaft nicht auch etwas geschieht.

Zur Gehaltsfrage vertritt meine Partei die Auffassung, daß die Regierungskommission selbstverständlich neben der Aufbesserung der Löhne für die Arbeiterschaft auch die Aufbesserung der Gehälter der Angestellten und Beamten vornehmen muß, daß aber die oberen Beamtengruppen nicht alles erhalten und die unteren Gruppen leer ausgehen. Wir sind nicht der Auffassung, daß man die Besoldungsordnung, wie man sie im Reich durchführen will, auch hier sang-und klanglos einführt. Es kann nicht angehen, daß einer 20.-RM und der andere 200.-RM. monatlich mehr erhält, wie das im Reich vorgesehen ist. Es muß ein Ausgleich geschaffen werden, daß diejenigen, die in der größten Notlage stecken, bei der Besoldungsregelung am besten abschneiden. Auch sind wir der Meinung, daß die unteren Besoldungsgruppen viel mehr erhalten müssen, wie es der Reichsfinanzminister Köhler in seinem Programm vorsieht und was wahrscheinlich auch durchgeführt werden wird. Meine Partei vertritt die Auffassung, daß die Forderungen des „Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes" berücksichtigt werden müssen und daß bei der Besoldungsregelung das soziale Moment ausschlaggebend sein muß. Wir vertreten die Meinung, daß der Landesrat nicht nur Anfragen stellen soll, sondern daß dem Landesrat sogar die Besoldungsordnung selbst vorzulegen ist.

(Zurufe: Sehr richtig!)

Die Besoldungsordnung war im Reich Gesetz und ist noch Gesetz und wir können nicht verstehen, daß die Regierungskommission einfach die Besoldungsregelung vornimmt, ohne daß der Landesrat vorher dazu Stellung genommen hat. Wir protestieren gegen das Vorgehen der Regierungskommission und sind der Auffassung, daß der Landesrat vorher zu hören ist, weil die Besoldungsordnung als Gesetz angesehen werden muß. In dieser Frage werden wir keine besondere Anfrage stellen, sondern schließen uns dem Antrag der Mehrheit der Parteien des Hauses an, welcher vom Herrn Präsidenten des Hauses bekannt gemacht werden wird. Wir haben persönliche Schritte unternommen und die Regierungskommission hat erklärt, daß sie in in der Lohn-und Gehaltsfrage etwas tun will, aber was man tun will, hat man nicht erklärt. Wir betonen, daß wir uns unbedingt auf die Forderungen der Gewerkschaften stellen und erwarten von der Regierungskommission, daß sie diesen Forderungen Rechnung trägt.

Jedenfalls

LR Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 6
A4 I

Jedenfalls betonen wir, daß in der Lohnfrage für die Arbeiterschaft unbedingt etwas getan werden muß. Es kann nicht angehen, daß die Beamten und Angestellten allein etwas bekommen, es kann aber auch nicht angehen, daß man die Arbeiterschaft der übrigen Zweige leer ausgehen läßt. Deshalb erwarten wir, daß die Regierungskommission ihren ganzen Einfluß geltend macht, daß auch für die Arbeiterschaft in der Privatindustrie eine angemessene Lohnerhöhung herausgeholt wird. Daß aber auch weiter im Bergbau eine Lohnerhöhung zur Durchführung gelangt, weil es eine Unmöglichkeit ist, daß diese Arbeitergruppe mit den heutigen Löhnen bei den heutigen Feierschichten so weiter leben kann. Ich erwarte deshalb aber auch, daß die Regierungskommission, wenn die Arbeiterschaft bestimmte Maßnahmen ergreift, etwas vorsichtiger ihre Stellung herauskonstruiert. Sie wissen, die Bergarbeiterschaft hatte eine Demonstration veranstaltet und es wäre Aufgabe der Regierungskommission gewesen, die Demonstration zu genehmigen und keine Schwierigkeiten zu machen, denn dann wäre damals sehr vieles vermieden worden. Die Bergarbeiterschaft an der Saar ist sehr loyal eingestellt, und hätte keinesfalls irgend etwas unternommen, was gegen die bestehenden Gesetze verstoßen hätte. Wenn die Regierungskommission bestimmte Gebäude oder bestimmte Verwaltungen hätte schützen wollen, dann hätte sie das gerade so gut tun können, ohne die Landjäger auf den Straßen aufmarschieren zu lassen.

(Zuruf des Abg. Brettar: Sehr gut!)

Sie hätte in den Häusern ihre Leute unterbringen können, und ich wette 10 gegen 1, daß dann kein Zwischenfall passiert wäre. Wir bedauern deshalb die Einstellung der Regierungskommission und erwarten, daß für die Zukunft solche Maßnahmen nicht mehr ergriffen werden, weil dadurch die Erregung nur noch weiter gesteigert wird. Wir betonen aber auch, daß es Aufgabe der Gewerkschaften ist, solche Maßnahmen zu ergreifen, und daß es nicht Aufgabe anderer Leute ist, sich in Maßnahmen, die von den Gewerkschaften ergriffen worden sind, einzumischen. Ich bedauere, daß das damals vorgekommen ist, ohne natürlich den Leuten alle Schuld zu unterschieben, die ihnen zwar sehr oft von anderen Kreisen unterschoben wurde. Die Hauptschuld lag daran, daß die Regierungskommission ihre Maßnahmen nicht so überlegt hatte, wie sie unbedingt von einer loyalen Regierung überlegt werden müssen.

(Zuruf des Abg. Reinhard: Loyale Regierung? Das ist gut !)

Eine loyale Regierung hätte sich solche Maßnahmen mehr überlegen müssen und daß sie dadurch zu einem anderen Ergebnis gekommen wäre, ist klar. Damit ist

LT Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 6

A4

Damit ist nicht gesagt, daß die Regierungskommission loyal ist,

(Zuruf des Abg. Reinhard: Das habe ich auch nicht gesagt!)

sondern damit wollte ich nur erklären, daß man auch hätte anders vorgehen können. Auf Grund dessen glauben wir auch, daß die Maßnahmen, die nachher in dieser Frage weiter ergriffen worden sind, falsch gewesen sind. Jedenfalls hätte man zu den Vorfällen nicht noch die Strafe herauszuholen brauchen, sondern man hätte, nachdem die Geschichte erledigt war, die Sache als erledigt ansehen können. Denn mancher Bergmann ist dabei durch Gerichtsurteil bestraft worden, der persönlich praktisch an den Vorfällen, die vorgekommen sind, gar nicht beteiligt gewesen ist. Mancher konnte in diesem Gedränge gar nicht mehr ausweichen, mancher war in einer Erregung, erhatte Momente in sich sitzen, die er bei normalen Verhältnissen vielleicht anders hätte eindämmen können. Wir bedauern deshalb auch, daß diese Bestrafungen vorgekommen sind, und wir fordern, daß man auf dem Gnadenwege diese Bestrafungen wieder annulliert.

Ich habe dann im Auftrage meiner Partei zu den Fragen der Sozialversicherung folgendes zu erklären: Wir wollen nicht nochmals all das herausholen, was wir in dieser Frage schon öfters herausgeholt haben. Aber wir erwarten, daß, nachdem durch die Initiative der Gewerkschaften eine Abrede zwischen Saarregierung und Reichsregierung zustande gekommen ist, auch die Saarregierung die Saargesetzgebung so ausbaut, daß sie der Reichsgesetzgebung angepaßt wird. Die Abrede wird wahrscheinlich noch im Laufe dieses Monats vom Reichstag ratifiziert werden, sodaß sie aller Voraussicht nach ab 1. Vovember in Kraft tritt. Wir können uns nicht der Auffassung anschließen, daß nun noch an der Umänderung der Saargesetzgebung herumgedoktert werden soll bis meinetwegen April, Mai, wie es ja seinerzeit in einer Pressenotiz herausgeholt worden ist, sondern wir betonen, daß die Angleichung der Saargesetzgebung ganz schnell erledigt sein kann, besonders bei den Gesetzen, wo keine Schwierigkeiten bestehen. Schwierigkeiten können sicher keine bestehen in der Invaliden-und Hinterbliebenenversicherung, weil da die Reichsversicherungsträger große Lasten übernehmen. Bei den jetzigen Beitragszahlungen, die die Saaranstalten einnehmen können, jedenfalls ihre Leistungen nach den Reichsbestimmungen gewährten angepaßt werden. Deshalb erklären wir, daß man das Reichsgesetz noch nicht einmal abzuschreiben braucht, sondern man legt es der Arbeitskammer und dem Landesrat zur Einführung vor. Innerhalb von 14 Tagen und 3 Wochen werden die

Gutachten

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 6
A4

Gutachten dieser Körperschaften vorhanden sein, sodaß innerhalb einer kurzen Zeit diese Einführung durchgeführt sein kann.

Das Gleiche ist in der Unfallversicherung zu sagen. Wenn die Mehrlasten auf Kosten der deutschen Berufsgenossenschaften gehen, dann ist es ganz selbstverständlich, daß die Arbeitgeber des Saargebietes keine großen Schwierigkeiten machen können, die ja bekanntlich in der Vergangenheit ungeheuere Schwierigkeiten machten. Es kostet sie ja nichts, und wenn es keinen Menschen was kostet, liegt es ja in der Natur der Sache, daß er viel lieber etwas gibt. Deshalb kann man auch die Erwartung aussprechen, daß die Einführung der Reichsunfallversicherung ganz leicht vor sich gehen kann, gerade so leicht vor sich gehen kann, wie bei der Invaliden=und Hinterbliebenenversicherung. Es kann innerhalb einiger Wochen geschehen.

In der Knappschaftsversicherung wird es ja wohl etwas schwieriger sein. Aber auch da wird, wenn man mit einigermaßen gutem Willen herangeht, innerhalb einiger Monate der Umbau der Saargesetzgebung geschehen können. Also wir betonen, daß unbedingt, sobald das Abkommen in Kraft ist, auch der Umbau der Saargesetzgebung durchgeführt wird, damit die Opfer der Arbeit alsbald in den Genuß der erhöhten Bezüge kommen.- Wir erwarten aber auch, daß die Saargesetzgebung, die von diesem Abkommen nicht berührt wird, ausgebaut wird. Ich erinnere da an die Krankenversicherung, die mit der Abrede nichts zu tun hat, aber auch da muß unbedingt etwas geschehen. Wenn ich darauf hinweisen darf,daß jetzt nach dem neueren Reichsgesetz bei der Festsetzung des Grundlohnes in der Satzung der Lohn bis zu 10.-Mark zu berücksichtigen ist, und an der Saar dieser Betrag immer noch 25 Franken beträgt, dann ist dieser Unterschied ungeheuer und jeder kann daran ersehen, daß unbedingt etwas zu geschehen hat. Damn muß nach dem Reichsgesetz das Krankengeld für jeden Kalendertag, also auch für die Sonn-und Feiertage, vom 4.Tage ab gewährt werden, während dem im Saargebiet nur die Arbeitstage in Erscheinung treten. -Die Wochenhilfe ist im Reiche auch anders geregelt. Also auch da müßte unbedingt etwas geschehen,und es ist Aufgabe der Regierungskommission, auch dem Landesrat eine entsprechende Vorlage zugehen zu lassen.

In der Frage der Angestelltenversicherung kommt dasselbe Verhältnis in Frage,was für die Invalidenversicherung maßgebend ist,auch da kann die beschleunigte Angleichung durchgeführt werden,weil da die Reichsversicherungsanstalt auch die Mehrlasten trägt und überwiegend die Leistungen aufzubringen hat.

Wir glauben aber auch darauf hinweisen zu sollen, daß die Erwerbslosenversicherung ausgebaut wird. Wenn der Ausbau sich etwas länger hinziehen soll,dann muß unbedingt alsbald eine

<u>wesentliche</u>

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 6
A4

wesentliche Erhöhung der Unterstützungssätze vorgenommen werden. Wir haben da einen Antrag vorliegen, der mindestens eine Erhöhung von 50 % fordert, obwohl wir die Meinung vertreten, daß auch diese Erhöhung keinesfalls ausreicht. Dieser Meinung habe ich auch bereits in der Vorbesprechung Ausdruck verliehen. Jedenfalls muß eine Erhöhung Platz greifen. Aber es muß auch für die Zukunft Sorge getragen werden, damit auch für die Zukunft, wenn an der Saar einmal eine große Krise entstehen sollte, die Arbeiterschaft geschützt ist. Wir fordern also auch Ausbau der Erwerbslosenversicherung.

Ferner vertreten wir die Auffassung, daß man an den Ausbau der gehobenen Fürsorge gehen muß, denn es gibt auch sehr viele verschämte Armen, die in früheren Jahren vielleicht bessere Tage erlebt hatten, die aber durch die Nachkriegsverhältnisse ihr ganzes Vermögen oder früheres Einkommen verloren haben. Auch da müßte die soziale Fürsorge eingreifen, damit auch diese Bevölkerungskreise an der Saar etwas Linderung bekommen.

Wir haben dann noch daraufhinzuweisen, daß wir bedauern, daß die Saarfrage in Genf nicht so vorwärts geht, wie man es nach den Verträgen von Locarno usw. hätte erwarten müssen. Wir wissen, daß gerade an dem Nichtvorwärtsgehen die Umwandlung der Reichsregierung einen großen Teil Schuld mit sich trägt. Aber wir erwarten, daß auch die maßgebenden Stellen des Reiches einigermaßen ihre politische Einstellung den Verhältnissen anpassen, damit für die Saar etwas mehr Positives herausgeholt werden kann. Es kann nicht angehen, daß bestimmte Kreise, die der Reichsregierung nahestehen und eine maßgebende Rolle in der Reichsregierung spielen, andauernd der Verständigungspolitik Knüppel zwischen die Beine schmeißen und dadurch die Bereinigung der Saar-und Rheinlandfragen hinauszögern.

Wir bedauern aber auch, daß bei der letzten Ratswahl der Sozialdemokrat Vandervelde nicht mehr gewählt worden ist, weil wir dadurch einen großen Fürsprecher der Saar im Rate verloren haben. Wir hätten erwartet, daß man diesen Sozialdemokraten oder diesen Vertreter, der sich für die Saarfragen sehr interessiert hat, im Rate neu aufgenommen hätte. Jedoch ist das nicht geschehen, deshalb sprechen wir darüber unser Bedauern aus. Wir betonen aber auch, daß wir die Auffassung der Regierungskommission in der Bahnschutzfrage nicht vertreten können, besonders deshalb nicht vertreten können, weil man auch in Genf, wo die Bahnschutzfrage erledigt worden ist, eine andere Auffassung vertreten hat. Wir betonen deshalb, daß für die Bahnschutztruppen die Privilegien, die die Regierungskommission ihnen gegeben hat, keinesfalls von uns anerkannt werden. Gegen dieses Vorgehen seitens der Regierungskommission legen wir entschieden Verwahrung ein. Wir legen auch Verwahrung dagegen ein, daß man diesen Bahnschutztruppen in der Wohnungsverordnung nochmals ein besonderes Privileg

geben

LT Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 6
A4

geben will.

Meine Herren! Zum Schlusse gestatten Sie mir noch darauf hinzuweisen,daß nach unserem Dafürhalten ja jeder weiß, daß die Saar deutsch ist. Die deutsche Gesinnung an der Saar hat sich ja öfters herausgestellt. Es wird aber auch unbedingt notwendig sein, daß die Berliner Stellen alle Möglichkeiten erschöpfen, damit die Wirtschaftskrise hier an der Saar etwas abgeschwächt wird,damit sie aber auch alle Maßnahmen ergreifen, damit die Angliederung an das Reich keine Schwierigkeiten für die Bevölkerung des Saargebietes mit sich bringt. Wir haben nur das eine bedauert, daß die Saarbevölkerung, die bei jeder Gelegenheit sehr gut und sehr stark flaggt,am Verfassungstage sehr schlecht geflaggt hatte. Wir hätten erwartet, daß man am Verfassungstage in Saarbrücken dieselben Fahnen gesehen hätte, wie es bei anderen Gelegenheiten passiert ist.Und wir können es nicht verstehen, daß sogar Zeitungsverlage, die sonst mit ihrer deutschen Gesinnung immer an erster Stelle stehen, am Verfassungstage der deutschen Republik es noch nicht einmal für notwendig gefunden hatten,ihre Fahnen zu zeigen.

(Bravo-Rufe !)

Vorsitzender:

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 6

A4

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Reinhard!

Abg. Reinhard(KP):Meine Herren! Zu Beginn der heutigen Sitzung hat sich gezeigt, daß eine Umwandlung der Kräfteverhältnisse sich auch im Saargebiet ganz gewaltig bemerkbar macht. Diese Umwandlung der Kräfteverhältnisse innerhalb der Arbeiterklasse, das Abwandern von den bürgerlichen Parteien zu den Kommunisten ist auch heute hier zum Ausdruck gekommen dadurch, daß man mit den parlamentarischen Gepflogenheiten hier offiziell gebrochen hat. Bisher haben die bürgerlichen Parteien sich stets auf ihren Parlamentarismus berufen. Heute haben sie, nachdem sie eingesehen haben, daß die Kommunistische Partei rücksichtslos die Interessen der Arbeiter vertritt,davon Abstand genommen, den Vorsitz durch die stärkste Partei besetzen zu lassen. Wir als Kommunistische Fraktion haben dazu nur zu sagen, daß damit sich gezeigt hat, daß man kommunistische Vertreter trotz ihres Anspruchs aus dem Vorstand hinauswählt, andererseits die Stimmen den sozialdemokratischen Vertretern zukommen läßt.

Der Erklärung, welche von der Mehrheit des Hauses durch den Abgeordneten Kiefer in der Elektrizitätsfrage abgegeben wurde, können wir Kommunisten nicht zustimmen und zwar deshalb nicht, weil die Entwicklung in der Elektrifizierung des Saargebietes ganz klar zeigte, daß man die Stromabnehmer und Konsumenten zu Gunsten der Kapitalisten betrügen will. Der Kampf,der im Saargebiet geführt wird,um die Vorherrschaft in der Erzeugung der Elektrizität, wird geführt zwischen zwei Kapitalisten-Interessengruppen, und zwar zwischen der Interessengruppe der katholischen Kapitalisten des Ruhrgebietes und der Interessengruppe der evangelischen Kapitalisten des Saargebietes und der Grubenverwaltung. Hier haben sie sich auf einer Linie zusammengefunden. Wir können feststellen, wir haben in den letzten Jahren folgendes erlebt:

Die Firma Röchling hat in Wehrden ein gewaltiges Elektrizitätswerk erstellt. Der Ruhrkonzern, der gegen dieses Elektrizitätswerk ankämpft, wurde von der Firma Röchling benutzt,um durch ihre kommunalen Vertreter in den Stadt= und Gemeinde-Vertretungen den Absatz für dieses Unternehmen zu sichern. Röchling hat dabei gesagt, wenn die Kommunen nicht eine Betriebsgesellschaft schaffen, wenn sie sich nicht beteiligen an der Stromerzeugung meines Werkes,werde ich mein Werk dem Rheinischen Konzern der katholischen Kapitalisten verkaufen. Mit Hilfe dieses Druckmittels hat Röchling glänzende Geschäfte gemacht. Heute ist es so, daß im Wehrdener Kraftwerk die Mehrheit der Aktien in Händen des Kommunalbesitzes ist,aber andererseits

hat

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 6
A4

hat Röchling es verstanden, die vollständige Verwaltung dieses Werkes und die Verteilung des Gewinnes und die Sicherung billigen Stromes für sich festzulegen, sodaß die S.L.E. diese Vertriebsgesellschaft in Wirklichkeit nichts ist, als ein Unternehmen, das auf Bestrebungen von Röchling geschaffen wurde. So unternehmen die Privatkapitalisten ihre Vorstöße. Wenn sie beweisen wollen, daß kommunale Betriebe nicht konkurrenzfähig sind, dann schickt man kommunale Vertreter vor und organisiert Skandale in diesen Kommunalbetrieben. Der Saarlouiser Skandal mit der Krawag ist nichts anderes als ein Manöver der Interessengruppen um Röchling, um dieses Werk unmöglich zu machen.Heute besteht die Gefahr, daß man den Kommunalbetrieb Saarlouis durch Röchling aufsaugt. Aber noch ist die Kommunistische Fraktion da und wird den Kampf der Bevölkerung dagegen mobilisieren. Sie wird die Bevölkerung aufrufen gegen diese Bestrebungen. Andererseits besteht heute der schon hier angeführte Einbruch des Ruhrkonzern in den Ottweiler Bezirk. Auch der Ruhrkonzern behauptet, in seinen Erzeugungsstätten Mehrheiten von Kommunal-Aktionen zu besitzen. Aber in Wirklichkeit ist es genau so, wie bei der S.L.E.,daß die Privatkapitalisten dort den Ton angeben für die Musik, die gemacht werden muß. Nur sind es dort katholische Kapitalisten und deshalb die gegenteilige Einstellung der Zentrumspartei und die Bauchschmerzen, bis man es zuwege gebracht hat, eine gemeinsame Erklärung abzugeben. Deshalb Kampf des Zentrums gegen die liberale Partei. So liegen die Verhältnisse in der Elektrifizierung des Saargebietes. Die Kommunistische Partei hat auf Grund dieser Tatsache sich entschlossen,im ganzen Saargebiet den Kampf aufzunehmen für die restlose Überführung der Produktionsmittel in den kommunalen Besitz. Wir sehen dabei die Möglichkeit, die gesamten Kommunen in der S.L.E. zusammenzuführen, weil wir eine Verbilligung des Stromabsatzes durchführen müssen. Heute ist es so, daß der Strom von der S.L.E.vertrieben wird und zu einem sechsfach höheren Preis abgesetzt wird, als der Erzeugungspreis der Wehrdener Kraftwerke ist. Weil wir Kommunisten es nicht verantworten können,daß man zugunsten der Privatkapitalisten die Bevölkerung ausplündern wird, werden wir dementsprechend in allen kommunalen Parlamenten dagegen ankämpfen. Es ist ganz klar, daß damit verbunden ist unsere allgemeine grundsätzliche Einstellung zur Gesamtwirtschaftsform überhaupt und wenn dann heute in diesem " Hohen Hause" mit diesen "schönen" Gepflogenheiten man dazu übergeht und glaubt der Bevölkerung durch schöne Redensarten die Nationalisierungsperiode des Kapitalismus als eine Periode darzustellen, die sich allein im Saargebiet abspielt, so wundern wir uns darüber, daß man eine derartige Unverfrorenheit besitzt.. ..

(Glocke des Vorsitzenden!) Wir

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 6 A4 I

Wir wundern uns darüber, daß die Sozialdemokrati sche Partei im allgemeinen auf dieser Linie mitmarschiert. Entsprechend ihrer früheren Grundsätze müßte sie eigentlich auf einer anderen Linie marschieren und sich nicht auf den Standpunkt stellen, daß diese Stellen spezielle Fragen des Saargebietes sind. Wie liegen die Verhältnisse? Die kapitalistische Wirtschaft hat versucht, durch den Weltkrieg die Verteilung der Produktionsmittel anders zu gestalten. Es ist geschehen. Man hat versprochen, bessere Wirtschaftsverhältnisse zu schaffen. Das Gegenteil ist zu verzeichnen. Das ist klar, daß durch jehrelange Kriege keine Produktion erstellt wird, sondern vernichtet wird. Nun hat der Kapitalismus in diesen letzten 10 oder 9 Jahren alles versucht, um die Gegensätze der kapitalistischen Produktion zu überbrücken. Daß dies nicht gelingen kann, liegt einfach in der Natur der kapitalistischen Produktion selbst enthalten. Diese Binsenwahrheit, daß der Kampf um die Produktionsmittel,der Kampf um die Absatzmärkte,naturgemäß zu Zusammenstößen führen muß und letzten Endes zum bewaffneten Widerstand, zum imperialistischen Krieg reifen muß, diese Wahrheit ist einwandfrei durch die letzten Jahrzehnte, durch die Tatsache der Entwicklung des Kapitalismus, durch die Tatsache des Weltkrieges und der Tatsache, daß trotz allen schönen Gesten wahnsinnig gerüstet wird, um den neuen Weltkrieg durchführen zu können, festgestellt.

Meine Herren! Wenn Sie trotzdem immer wieder im Hinweis auf den Völkerbund das Gegenteil behaupten, so glauben Sie selbst nicht,daß die bestehenden Tatsachen durch Worte hinweggeleugnet werden können. Darin liegt die Wirtschaftskrise des Saargebietes verankert. Genau so, wie man danach strebt, die kapitalistischen Interessengruppen mit Hilfe der bewaffneten Gewalt zu sichern,genau so streben die Interessengruppen im sogenannten Wirtschaftskampf danach, sich in den Besitz der Produktion zu setzen und ihre Gewinne zu erhöhen. Ein Mittel dazu ist die Rationalisierung, die heute in allen Staatsbetrieben durchgeführt wird. Rationalisierung heißt nichts anderes, als mit wenig Produktionsmittel mehr Waren zu erzeugen und nach den neuen Feststellungen der Unternehmer-Verbände Qualitätsarbeit zu leisten. Man erhöht die Arbeitszeit,man verkürzt den Lohn und reduziert die Belegschaft. Es wird niemand bestreiten können, daß es in Deutschland gelungen ist, die Rationalisierung bis zu einem bestimmten Grade durchzuführen. Wir sehen, daß Riesengeschäfte gemacht werden, wie sie bisher nicht zu verzeichnen waren. Wir sehen aber auf der anderen Seite trotz Hochkonjunktur 800 000 arbeitslose Arbeiter und Angestellte und bezeichnend ist, daß bei der Rationalisierung Arbeiter und Beamte rücksichtslos auf die Straße geworfen werden und wir sehen, daß es diesen niemals mehr gelingen wird, in den Produktions-Apparat hineinzukommen. Diese sind dazu verurteilt,

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 6 A4

außerhalb des Produktions-Apparates stehen zu müssen. Das ist der Stand der Dinge, wie wir ihn momentan in Deutschland haben und über diesen Maßnahmen steht die Bürgerblock-Regierung mit all ihren reaktionären Mitteln. Im Saargebiet liegen die Dinge etwas anders. Bei der Industrie, die aus gemischten Aktionären zusammengesetzt ist und auch bei der Fertig-Industrie herrscht eine Hochkonjunktur. Aber nicht deshalb, weil man die Rationalisierung wie in Deutschland durchgeführt hat, sondern weil im Saargebiet die Löhne der Arbeiter in französischem Gelde ausgezahlt werden und weil die Industriellen durch die Bürgerblock-Regierung in Deutschland besondere Vorteile genießen. Sie bekommen ihre Zölle gestundet und teilweise niedergeschlagen. Meine Herren! Sie haben genau so gut wie wir den Rechnungs-Abschluß für 1925 von der Saarregierung bekommen und wir können feststellen,daß der Anteil des Saargebietes an den Zolleinnahmen statt 17 Millionen = 37 Millionen Franken beträgt. Wenn man sich überlegt, daß dies nur ein Anteil an den Zolleinnahmen darstellt und wenn man sich vergegenwärtigt, daß die Kaufleute des Saargebietes vor Inkrafttreten des Zollabkommens sich eingedeckt haben auf lange Zeit, so steht für uns heute fest, daß die Zollbelastung ein ungeheuerer Raubzug gegen die werktätige Bevölkerung darstellt, während die Industrie= Könige ihre ganzen Zölle geschenkt bekommen. Wenn der sozialdemokratische Redner über die schlechte Haltung der deutschen Unternehmer im Saargebiet klagt und verlangt, daß diese den Arbeitern mehr Lohn geben sollen, so müssen wir uns als Kommunisten darüber wundern, denn wir wissen, daß der Kapitalist von seinem Gewinn freiwillig nichts abgibt.Wir wissen auch, daß der Staatssekretär Schubert als Aktionär bei der Dillinger Hütte im Aufsichtsrat sitzt und den Gewinn verteilt. Ich werde im Laufe meiner Ausführungen noch näher darauf eingehen.

Nun zum Bergbau. Der Herr Abgeordnete Kiefer hat erklärt, die französischen Imperialisten würden aus Böswilligkeit die Rentabilität der Saargruben einfach unterminieren. Das ist eine Behauptung, die im Gegensatz steht zu den Bestrebungen des französischen Kapitals überhaupt. Wenn man heute im Saargebiet die Rentabilität der Saargruben bezweifeln will,so steht das auf derselben Linie der Behauptung, die Röchling gemacht hat. Er sagte, die Franzosen sind zu dumm, die Saargruben rentabel zu bewirtschaften. Damit wird gesagt, ein Staatsbetrieb ist überhaupt ein Unsinn, denn in einem Staatsbetrieb ist es überhaupt nicht möglich, so zu arbeiten, daß keine Krisis entsteht. Das sind wirklich die Ursachen der Krisen, das sind die Gesetzmäßigkeiten. In Deutschland haben wir die Bürgerblockregierung, im Ruhrgebiet hat man die Arbeitszeit um eine Stunde erhöht und die Leistungen der Ruhrbergarbeiter auf das Doppelte gesteigert wie die Leistungen der Saararbeiter. In England

<u>wurde</u>

L A Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 6 A4 I

wurde unter Führung von Cooks mit Hilfe der englischen konservativen Regierung der Streik niedergeschlagen und die Arbeitszeit um eine Stunde erhöht. Man hat die Arbeiter zu hunderttausenden hinausgeworfen und dadurch erzielt, daß die englische Kohle viel billiger auf den Markt kommt als die Saarkohle. Das ist die Ursache der Krisis,die wir im Saargebiet zu verzeichnen haben. Nun kommt es darauf an, zu untersuchen, wie man dagegen ankämpft; was haben die Vertreter der übrigen Parteien vorgeschlagen? Gar nichts ! Sie haben gesagt, sie erwarten von der Saarregierung, daß sie endlich etwas tun soll. Man kann nur gegen diese Krisis ankämpfen durch Kampf mit dem Ziel, daß die Arbeitszeit verringert und der Lohn erhöht wird. Wenn heute eine Krisis auf dem Kohlenmarkt ist, dann kann man nicht eine bestimmte Verteilung des Kohlenabsatzes vornehmen, in dem man die Kohlenförderung noch erhöht, sondern dann werden zu viel Kohlen gefördert. Derjenige, der die Arbeit des Bergmanns kennt,- ich war selbst 15 Jahre im Bergbau tätig- weiß, wie der Bergmann dazu gezwungen wird,die Sicherheitsmaßnahmen, die Sicherheitsvorschriften zu übertreten und daß es notwendig ist, daß maßnahmen ergriffen werden, um die Existenz der Familie und das Leben des Bergarbeiters selbst sicherzustellen. 90 % aller Unfälle passieren durch diese Antreibung. Gerade,wo die Wurzel des Übels ist,packt man nicht an, weil die Regierung mit dem Kapital gegen die Arbeiter einen gemeinsamen Vorstoß gegen die Löhne durchführte. Es ist garnicht wahr, was hier gesagt wird, daß die bürgerlichen Parteien gegen diesen Lohnabbau waren. In den bürgerlichen Parteien sitzen die Vertreter der Unternehmer. Sie arbeiten mit der Regierungskommission. Sowohl die Unternehmer wie die Regierung haben gemeinsam diesen Lohnabbau durchgeführt. Das andere sind alles dumme Mätzchen, die man hier erzählt, daß man sagt, auf der einen Seite die deutschen Kapitalisten,auf der andren Seite die französischen Kapitalisten, sie mußten sich gegeneinander diesen Lohn reduzieren für die Industrie. Die Regierungskommission hat gesehen, daß wir in der Frage der Lohnbewegung der Saararbeiterschaft den richtigen Weg beschreiten. Deshalb der rücksichtslose brutale Unterdrückungsfeldzug gegen die kommunistische Partei des Saargebietes und ihre Presse. Dieser Unterdrückungsfeldzug steht aber auch in Verbindung mit den übrigen Parteien. Wenn die Saarbrücker Zeitung melden konnte, daß bei der englischen Regierung eine Denkschrift eingelaufen sei, in welcher die Regierung der englischen Dickköpfe, die Regierung der englischen Konservativen aufgefordert wurde, ihren Vertreter im Saargebiet zu beauftragen, den Kommunisten das Handwerk zu legen,weil die Kommunisten die Gewerkschaften zerschlagen würden, so liegt in dieser Denkschrift der Grundstein der Verfolgungen der Kommunistischen Partei und damit der Bergarbeiter im Saargebiete. Und wenn diese Denkschrift existiert, und wenn die Sozialdemokratische Partei ihre Zustimmung gegeben hat zu dieser

LHA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 6 A4 I

Denkschrift, so ist das das größte Verbrechen, das an der Saararbeiterschaft bisher begangen wurde. Ausgerechnet die englische Regierung, die den englischen Bergarbeitern das Streikrecht raubte, die die englischen Gewerkschaften unterdrücken will mit allen Mitteln, die soll im Saargebiet die deutschen Gewerkschaften vor der Unterminierarbeit der Kommunisten retten. Was wollen denn die kommunistischen Gewerkschaftler? Sie wollen nichts anderes, als daß die Gewerkschaften ihre Aufgabe erfüllen im Interesse der Arbeiterklasse und daß sie nichts anderes kennen als die Klasseninteressen der Arbeiter. Die Klasse der Herrschenden, sie läßt sich vertreten durch die kpitalistische Regierung. Sie hat die staatlichen Machtmittel, um ihre Interessen durchzusetzen. Die Gewerkschaften sind nicht unter Blut und Tränen und unter jahrelangen Zuchthausurteilen gegründet worden, um hier im Interesse einer Völkerbundsregierung, die hierher geschickt wurde, die Bevölkerung auszuplündern, zu arbeiten. Hier muß vielmehr heute die Frage gestellt werden: Hier Arbeiterklasse und hier Regierungskommission. Und so steht auch die Frage bei den Parteien: Hier Arbeiterklasse und hier Kapitalismus. Und so ist auch die Frage gestellt worden jetzt auf der letzten Völkerbundstagung in Genf. Wenn man heute hier spricht, daß die Regierungskommission gemeinsam mit der französischen Regierung wahrscheinlich wieder ein Kohlenbecken vom Warndtgebiet konzessioniert habe an französische Kapitalistengruppen,dann soll man auch offen sagen, daß die deutsche Bürgerblockregierung bis zur Stunde mit der französischen Poincaréregierung verhandelt um die Verschacherung dieses Warndtgebietes, daß man verhandelt um die Verschacherung eines Teiles des Kreises Saarlouis. Das hat der Korrespondent der Landeszeitung von Genf selbst zum Ausdruck gebracht, der geschrieben hat: wir warnen die deutsche Regierung, endlich von dem Schritt abzusehen. Die Arbeiter des Warndtgebietes werden behandelt wie ein Stück Vieh, werden von den kapitalistischen Regierungen zum Verschachern angeboten,weil im Warndtgebiet die Zukunft des Saarkohlenbergbaues liegt, weil dort unsere Reserven liegen. Ich spreche hier speziell als Vertreter des Warndtgebietes, und die Herren Kapitalisten in Deutschland und in Frankreich, die in den Regierungen sitzen, werden sich täuschen, die Arbeiterschaft des Warndtgebietes wird sich nicht verschachern lassen für irgend eine Kolonie oder irgend ein Stück Land, das die deutschen Imperialisten als Gegenleistung von Frankreich zu erwarten hoffen. Das muß hier endlich

offen

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 6
A4

offen ausgesprochen werden, und kann nicht mit schönen Redensarten ummäntelt werden. Wenn wir in Verbindung mit dieser Frage allgemein die Frage der Lösung des Saarproblems sehen, wenn sie dann hierher kommen und sagen, wie z.B. der Spredher der Sozialdemokratie:schuld daran ist, daß wir heute nicht weiter sind, daß in Deutschland die Bürgerblockregierung regiert, dann frage ich: welche Außenpolitik macht diese Bürgerblockregierung, diese deutsche Kapitalistenregierung? Sie macht die Außenpolitik, die die sozialdemokratische Partei und die 2.Internationale schon jahrelang von Deutschland als die richtige Politik fordert, nur mit dem Unterschied, daß diese Außenpolitik jetzt von der deutschnationalen Partei mitgemacht wird, die früher diese Außenpolitik als Verrat am Volk bezeichnet hat. Praktisch ist es so,daß die Außenpolitik die Linie ist, so wie sie tatsächlich vor uns liegt. Und wenn wir das alles sehen, dann brauchen wir uns nicht zu wundern, daß man im Saargebiet jetzt mit solchen brutalen Mitteln gegen uns, gegen die kommunistische Partei vorgehen kann. Die außenpolitische Lage ist heute so, daß die Sowjetunion, in der die Kommunistische Partei regiert, ein gewichtiger Machtfaktor in dem Kampf der imperialistischen Mächte gegeneinander geworden ist, und daß man damit rechnen muß. Und Tatsache ist, daß die kapitalistischen Staaten alle ihre Gegensätze zurückdrängen,wenn es gilt, eine Einheitsfront gegen Sowjetrußland zu beschließen. Genau so ist es Tatsache, daß die deutschen Parteien des Saargebietes und die französischen Unternehmer, die deutschen Unternehmer und die Regierungskommission auf einer Linie marschieren, wenn die Kommunisten die Arbeiter des Saargebietes zum gemeinsamen Kampf gegen die gemeinsamen Ausplünderer aufrufen. Was ist denn geschehen? Was haben die Kommunisten für ein Verbrechen begangen? Die Gewerkschaften waren gezwungen, durch den Druck der Arbeiter eine Demonstration in Saarbrücken einzuberufen. Und die Regierungskommission hat geglaubt, diese Demonstration der Arbeiter zu verhindern, dieses ureigenste Recht auf Lebensberechtigung mit Gewalt niederzuknüppeln. Was haben die Kommunisten in dem Moment begangen? Sie haben gesagt: die Straßen gehören der Arbeiterklasse und zum Teufel mit der Regierung, die die Arbeiterklasse hier ihrer Existenz beraubt und die die Arbeiterklasse mit Polizei und Landjägern niederknüppelt! Anstatt daß die Parteien des Saargebietes sich ebenfalls hier auf die Seite der Arbeiter gestellt hätten, sagen sie: die Zusammenstöße sind entstanden, weil die Kommunisten die Bergarbeiter aufgehetzt haben, und daß man nach einem wohlüberlegten Plan gehanhandelt hat, um gegen die Unterdrückung zu demonstrieren. Das haben die Blätter der bürgerlichen

Presse

LHA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 6
A4

Presse frei und offen zum Ausdruck gebracht. Wenn man in großen Schlagzeilen von Ausschreitungen von Roten Frontkämpfern schreibt, wenn man von kommunistischen Plünderungen usw.redet,so heißt das auf gut deutsch; jetzt ist es Zeit Saarregierung,wir stehen bei dir, jetzt auf die Kommunisten, jetzt die Kommunisten niedergeschlagen! Unser gemeinsames Interesse steht auf dem Spiel! Wenn die Arbeiter einig werden, dann werden sie die französischen wie die deutschen Kapitalisten zur Kapitulation zwingen! So und nicht anders liegen die Dinge heute. Wenn das noch bezweifelt wird,meine Herren, dann erinnere ich Sie an das Klassenurteil, das man jetzt gegen hungernde Bergarbeiter gefällt hat. Wenn ich den Redner der Sozialdemokratie richtig verstanden habe, dann hat er gesagt: diese armen Bergarbeiter, die sind verführt worden von den Kommunisten, die soll man begnadigen, aber den Kommunisten Reinhard soll man einsperren.

(Glocke des Vorsitzenden!)

Vorsitzender: Das ist absolut nicht richtig, das muß ich zurückweisen!

Abg. Reinhard fortfahrend: Ich habe erklärt, wenn ich die Ausführungen richtig verstanden habe, so bedeudet das, was der Herr Hoffmann sagte,nach meiner Meinung, daß die Verurteilung der Kommunisten zu Recht erfolgt ist, und man die armen verführten Bergarbeiter freilassen,begnadigen soll. Genau dasselbe sagte der Staatsanwalt in seinem Urteilsspruch. Er hat gesagt: nur weil der Kommunist Reinhard die Straße für die Bergarbeiter frei verlangte, sind die Dinge entstanden und er muß eingesperrt werden. Und wer, meine Herren, hat das Urteil gesprochen? Waren es französische Richter? Nein, es waren deutsche Richter, die in den deutschen Parteien sitzen und angeblich ihr Deutschtum üben. Sie haben gesagt: die Kommunisten, die den Kampf organisiert haben gegen die französische Bergverwaltung, muß man einsperren, damit die französische Bergverwaltung Ruhe bekommt. So sind die Urteile im Saargebiet gefällt worden. Wenn wir uns dann abschließend ein Bild machen über das, was jetzt geschieht in den letzten Tagen, so zeigt es, daß diese Linie weiter beschritten wird. Hier in Saarbrücken verlangt man die Erhöhung der Löhne der städtischen Arbeiter, das ist eine Forderung der Gewerkschaften. Die Kommunisten nehmen diese Forderungen auf und beantragen eine zehnprozentige Erhöhung der städtischen Arbeiterlöhne. Die bürgerlichen Parteien sagen nein, Saarregierung gehe du voran, wir erwarten, daß sie die Löhne der Staatsarbeiter erhöht. Und dann wagt man in der Presse zu sagen, man ist für die Erhöhung der Löhne der städtischen Arbeiter und Angestellten. Aber man gibt nichts, vielleicht ein paar Pfennige. Es muß zuerst mit der Saarregierung verhandelt werden,und

nachher

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 6
A4

nachher wird man dann sehen, was man auch den städtischen Arbeitern und den Industriearbeitern gibt. Auf dieser Linie liegt auch der ablehnende Standpunkt der deutschen Unternehmer in der Frage des Schlichtungsspruches, den der Herr Abgeordnete Kiefer hier vorgetragen hat und über den er gejammert hat. Die deutschen Unternehmer geben keine Lohnerhöhung, und sie haben ihre Parteien beauftragt, im Stadtrat gegen eine Lohnerhöhung der städtischen Arbeiter zu stimmen. Sie verkriechen sich hinter die Saarregierung, daß diese der Alleinschuldige sein soll. Sie mögen doch sagen: wir sind in Wirklichkeit nicht gegen die Regierung, sondern wir machen der Bevölkerung gern vor, daß wir hier schuldlos sind, und die Saarregierung diejenige ist, die euch das Fell über die Ohren zieht. So, meine Herren, sieht die Wahrheit im Saargebiet aus. Die Lage steht so: Alle Unterdrückungsmaßnahmen der Regierung gegen die Kommunisten werden das Gegenteil davon bringen, was man sich wirklich davon erhofft hat. Wenn man die kommunistischen Sicherheitsmänner entlassen hat, wenn man gleichzeitig versucht hat, sie aus den Gewerkschaften auszuschließen und andere ins Gefängnis schickt, so werden sich die Kommunisten doch Gehör verschaffen und ihre Zahl wird sich vermehren. Man möge sich nicht täuschen. Wenn schon die bürgerliche Presse sagt, die an dem Demonstrationszug beteiligten Bergleute waren Kommunisten und Rote Frontkämpfer, so sagt die Zahl der Beteiligten genug. Aber wir können eines feststellen, nämlich, daß die Arbeiter unsere Politik in der Lohnfrage als richtig anerkannt haben. Und eine andere Frage noch dazu. Bisher haben die Parteien hier im Hause den Standpunkt vertreten, daß man allen Terrormaßnahmen der Regierung entgegentreten muß. Sie haben einen Mordsspektakel gemacht, wenn ein deutscher Kapitalist ausgewiesen worden ist. Und nun werden zwei kommunistische Sekretäre ausgewiesen. Da schreiben die bürgerlichen Zeitungen: Diese Maßnahme begrüßen wir, diese Verordnung begrüßen wir. Es ist Zeit, daß diese landfremden Elemente aus dem Saargebiet verschwinden. So schrieb seinerzeit die Saarbrücker Zeitung. Also, die deutschen Arbeiter sind landfremde Elemente. Und daß es so ist, kann Ihnen der Bericht, den wir heute in der Arbeiterzeitung veröffentlichen, zeigen. Es ist wirklich so, Herr Kiefer, das Deutschtum wird heute im Saargebiet nach Prozenten bezahlt. Was hat die Betreuungsaktion gebracht? Man hat den Oberbeamten 300 Mark gegeben, also 1800 Franken, und als dann die französischen Beamten kamen und Spektakel machten und ebenfalls Betreuung verlangten, was liegt da näher, als daß die Regierungskommission diesen Beamten auch die 1800 Franken gibt. Wenn man dann sagt, diese Gelder

<u>stammten</u>

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 6 A4

stammten aus Mitteln des Saargebietes, so stimmt das nicht; diese 1800 Franken kommen von der Deutschen Regierung, und zwar stammen sie aus dem Pensionsfonds für die Beamten. Also den französischen Beamten gibt die Betreuung in dieser Höhe und den deutschen Arbeitern und Angestellten gibt man 85 Franken. Wer ist jetzt der beste Deutsche? Und wenn ich an die Zollgeschenke, die die deutsche Regierung den Kapitalisten gemacht hat, erinnere, so müßte es auch sozialistische Parteimitglieder geben, die einsehen,daß die Sozialdemokratie mit der Politik, die sie mit den bürgerlichen Parteien treibt, nichts anderes tut, als letzten Endes die Interessen der Kapitalisten mit vertritt.

Die Sozialversicherung, die angeschnitten wurde, kann man in drei Sätzen erledigen. Bisher hat man den Sozialversicherten immer nur Versprechungen gemacht, und dabei ist es geblieben. Man hat die Sozialversicherten vergessen. Warum sollen auch die Leute vertreten werden, die nicht mehr produktionsfähig sind. Die mögen ja auf den Friedhof auswandern. Der Sozialrentner kann keinen Profit mehr machen, deshalb muß er verschwinden. Und wenn der Vertreter der Deutsch-Saarländischen Volkspartei seine Stimme erhebt für die Sozialrentner, dann frage ich Sie, in welchem Verhältnis steht das zu den Erklärungen der Unternehmertagung im Reich, die dieser von der Bürgerblockregierung verlangt hat. Befreiung der Arbeitgeber von den sozialen Lasten, Abwälzung der Steuer von dem Unternehmer. Genau so liegen die Dinge hier im Saargebiet, wie sie aus dem Rechnungsjahresbericht ersehen haben. Niemand hat ein Wort darüber verloren. Im Jahre 1925 hat man 21 Millionen Überschuß gemacht. Niemand hat gesagt, daß dieser Überschuß aus den Löhnen der Arbeiterschaft hervorgegangen ist, daß man 7 Millionen Mark mehr Lohnsteuer hineingeholt hat. So sehen Sie, daß die bürgerlichen Parteien heute im Saargebiet die treuen Schleppenträger der Saarregierung sind, die diese Politik in der Steuerfrage durchführten. Herr Röchling ist hier, er war der Vater der Lohnsteuer im Saargebiet. Er hat damals die übrigen Parteien eingefangen und hat gesagt, das ist die edelste Steuer des Saargebietes. Und heute kämpft man in der Saarbrücker Zeitung gegen die Steuer und sagt, rücksichtslos müßte man dagegen vorgehen, die Regierung sei schuld. In diesem Falle war wirklich die Regierung unschuldig. Der Abgeordnete Hoffmann schließt seine Betrachtungen über die Wirtschaftslage mit den Worten: Wenn wir uns die Saar betrachten, so sehen wir, daß sie deutsch ist. Wenn wir uns aber die Saar betrachten, so sehen

LH Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 6 A4

wir,daß sie schwarz ist von dem Kohlenstaub und dem Fabrikstaub, und wir sehen auch,daß sie schwarz ist von dem Geist, der im Saargebiet herrscht. Nicht deutsch, sondern schwarz ist die Saar. Man kann sich gewisse Umstände betrachten, dann findet man, daß diejenigen, die das Deutschtum so hoch halten, den Mantel nach dem Wind zu hängen verstehen und sich ebenfalls prozentual ihr Deutschtum bezahlen lassen. Der Arbeitnehmer sagt: Rot ist die Saar und rot muß die Saar bleiben. Wir wissen, daß die Wirtschaftskrise im Saargebiet nur überwunden werden kann in gemeinschaftlichem Kampfe mit den deutschen Arbeitnehmerkreisen,im Kampf zur Beseitigung der Bürgerblockregierung, zur Beseitigung der Saarregierung, zur Beseitigung des Versailler Vertrages und zur Errichtung eines Staates der Arbeiterklasse. In dieser Hinsicht werden wir auch hier im Saargebiet mit unseren Klassengenossen, die jede Bürgerblockregierung bekämpfen,kämpfen für die Interessen der Arbeiterklasse. Und in dieser Hinsicht werden wir im Saargebiet zum Kampfe auffordern. Die leeren Versprechungen der Regierungskommission machen die Arbeiterschaft nicht satt. Auch der Wurm krümmt sich, wenn er getreten wird. Die Regierungskommission,die hierher geschickt ist, die Bevölkerung auszubeuten, tut nichts für die Interessen der Arbeiterschaft. Die Folgen sehen Sie, die Kriminalfälle häufen sich im Saargebiet. Die Diebstähle werden nicht aus Lust am Stehlen begangen, sondern aus der bittersten Not heraus. Und aus allen diesen Gründen wird die Arbeiterklasse über kurz oder lang kämpfen müssen und die Kommunistische Partei wird trotz aller Terrormittel in diesem Kampf an ihrer Stelle stehen.

Vorsitzender: Die Bemerkungen des Herrn Abgeordneten Reinhard, als ob die Regierungskommission hierher geschickt worden sei, um die Bevölkerung auszuplündern und das Gericht eine Klassenjustiz ausübe, muß ich zurückweisen.

Das Wort hat Herr Abgeordneter Schmelzer!

Abg. Schmelzer (DSV): Meine Herren! Ich werde auf die Ausführungen der Herren Vorredner nicht nochmals eingehen,wenigstens nicht auf die Ausführungen des Herrn Abgeordneten Reinhard. Herr Reinhard hat mit großem Stimmaufwand darauf hingewiesen, daß eine Verschacherung von Warndtgebieten durch die deutsche Regierung an Frankreich geplant sei. Diese Ausführungen sind ein Phantasieprodukt.Weder eine deutsche Bürgerblockregierung noch eine Regierung der Mitte oder der Rechten wird auf so einen absurden Gedanken verfallen,das Warndtgebiet an Frankreich zu verschachern. Der Stimmaufwand wäre überflüssig gewesen;wahrscheinlich diente er auch nur dazu, die Schwäche der Position des

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 6
A4

des Herrn Heinhards zu verdecken.

Es ist nicht notwendig,daß ich wiederhole, was Herr Kiefer im Namen der Mehrheit der Fraktionen vorgebracht hat. Die Wirkung wird nicht tiefer, wenn man sich des langen und breiten über die Dinge ausläßt. Es sind Dinge, die wir hier wiederholt schon erörtert haben. Wir haben Herrn Kiefer ermächtigt, auch für uns das Nötige zu sagen.

Nun werden von den Sozialdemokratischen und Kommunistischen Fraktionen nachher einige Anträge vorgelegt werden. Wir sind uns früher hier darüber schlüssig geworden,daß Anträge,die hier zum Beschlusse erhoben werden sollen,den einzelnen Fraktionen rechtzeitig bekannt gegeben werden müssen. In der Einladung zur heutigen Sitzung hatte das Präsidium mitgeteilt,daß keine Anträge gestellt werden. Wir werden daher auch keine Stellung zu den Anträgen nehmen. Das bedeutet keine glatte Ablehnung der Anträge,das bedeutet nur, daß wir auch heute verfahren,wie es der Landesrat immer gehalten hat. Wir haben hier auch schon Anträge eingebracht,die ebenfalls nicht zur Besprechung kamen,weil wir sie den Fraktionen nicht rechtzeitig mitgeteilt hatten. Wir können uns nicht ohne Vorbereitung mit Dingen befassen, die so wesentlich sind und so weittragende Folgen haben können. Wir sind gewohnt, daß die Fraktionen sich über derartige Fragen zunächst mit den Vertretern der Partei bespricht. Wir nehmen an, daß dies auch bei den anderen Parteien Gepflogenheit sein wird. Es wäre daher von den beiden genannten Parteien loyal gewesen,uns rechtzeitig mitzuteilen,was sie beabsichtigen.

Wir haben von Anträgen selbst abgesehen. Aber wir haben zunächst einige Anfragen an die Regierung,von denen wir annehmen, daß sie uns der Herr Staatskommissar beantworten wird:

"Ist der Herr Staatskommissar in der Lage,darüber Auskunft zu geben, ob die Regierungskommission bereits die notwendigen Vorbereitungen getroffen hat, um die neue Reichsbesoldungsordnung zu übernehmen,auf deren Durchführung auch im Saargebiet die saarländischen Beamten auf Grund des Baden-Badener Abkommens einen Rechtsanspruch haben?

Hat die Regierungskommission bereits einen Beschluß gefaßt in dem Sinne, daß auch den saarländischen Beamten entsprechende Vorschüsse auf die neuen Gehälter gezahlt werden, damit diese in der Lage sind,ihre dringend notwendigen Anschaffungen für den Winter zu machen ?

<u>Entspricht</u>

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 6
A4

Entspricht es den Tatsachen, daß am 1.Mai 1927 zur gleichen Zeit,als die Gehälter der Beamten um 8,7 Prozent gekürzt wurden, die Bezüge der Direktoren der Regierungskommission eine Erhöhung um 10 000.- Franken erfahren haben ?

Die Lufthafengesellschaft m.b.H. verhandelt schon seit Monaten ohne Erfolg mit der Regierungskommission in der Frage der Beteiligung der Regierungskommission an dieser Gesellschaft. Ein letzter Vorschlag ist vor zwei Monaten der Regierungskommission unterbreitet worden,bis heute ist aber eine Antwort noch nicht eingegangen. Unseres Erachtens wäre es jetzt an der Zeit,daß die Regierungskommission ihrerseits einen Vorschlag macht, wie sie sich die Regelung denkt. Wenn die Saarregierung früher einmal eine Beteiligung von 65 Prozent verlangt hat, so kann davon naturgemäß im Ernste keine Rede sein,zumal die Regierungskommission bisher für den Luftverkehr noch sehr wenig getan hat, ja im Gegenteil s die Aufnahme des Luftverkehrs immer wieder behindert hat.

Wir haben bereits am Schluß der vorigen Session eine Reihe von Anfragen eingebracht,die ich nun in anderer Form wiederholen möchte:.

In der letzten Landesratssitzung waren von unserer Fraktion verschiedene Anfragen an die Regierungskommission gestellt worden, die sich mit folgenden Fragen befaßt haben:

'Hat die Regierungskommission eine Kaserne für durchreisende Truppen der Rheinarmee reserviert ?

Wie kommt es, daß die Bahnschutztruppe ständig militärische Übungen abhält?

Ist es richtig, daß Leutnant Ameil zum Oberregierungsrat befördert worden ist ?

Zwei weitere Anfragen behandelten die Wohnungsfrage und den Etat. Mit Rücksicht auf die Ferien des Landesrates hatten wir um schriftliche Beantwortung dieser Fragen ersucht. Die Antwort sollte allen Fraktionen zugestellt werden. Nach mehrmaliger Anmahnung erhielten wir den Bescheid, daß die Regierungskommission beschlossen habe, eine Antwort nicht zu erteilen. Da wir annehmen, daß die übrigen Fraktionen des Landesrates sich hinter unsere Anfragen stellen werden, bedeutet dieses Verhalten der Regierungskommission nicht nur eine Mißachtung unserer Fraktion,sondern des gesamten Landesrates. Wir benutzen daher diese Gelegenheit, um die beschlußfassende Mehrheit der Regierungskommission darauf aufmerksam zu machen, daß die Fraktionen des Landesrates das natürliche Recht haben, derartige Anfragen zu stellen und daß die Regierungskommission ihrerseits die moralische Verpflichtung hat, auf

derartige

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 6
A4 I

derartige Anfragen auch eine Antwort zu erteilen. Wir ersuchen daher die Regierungskommission, ihren gegenteiligen Bescheid rückgängig zu machen und uns nunmehr umgehend eine Antwort zu geben. Sollte es die Mehrheit der Regierungskommission für unter ihrer Würde halten, diesem in allen Ländern üblichen Brauch Rechnung zu tragen und nicht gewillt sein, den Volksvertretern des Saargebietes eine Antwort zu erteilen, so müßte es unseres Erachtens dieselbe Regierung auch unter ihrer Würde halten, ihr Gehalt aus den Steuergeldern der gleichen Bevölkerung entgegenzunehmen.

(Zurufe : Sehr richtig !)

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Staatskommissar Dr. Heim!

Staatskommissar Dr. Heim: Meine Herren! Von den gestellten Anfragen habe ich gestern nachmittag 5 Uhr nur die über die Beamtenneubesoldung bekommen und kann nur sie beantworten, soweit ich in der Lage war, in der kurzen Zeit Informationen einzuholen. Die übrigen Anfragen muß ich vorerst weiterleiten.

Was die Frage der in Deutschland beabsichtigten Beamtenbesoldungsreform anlangt, so hat die Regierungskommission auf Grund der Baden-Badener Beschlüsse, die den Beamten ein Recht auf Besoldungserhöhung einräumen, die Beratung der Frage aufgenommen. Näheres kann erst bekanntgegeben werden, wenn die Besoldungsreform in Deutschland endgültig geregelt ist. Was die Vorschüsse anbelangt, so bin ich zu der Erklärung ermächtigt, daß die Regierungskommission in den allernächsten Tagen sich endgültig über die Frage schlüssig werden wird. Den Absatz 3 kann ich nicht beantworten, weil ich infolge der Kürze der Zeit keine Informationen einholen konnte. Für Staatsarbeiter werden Verhandlungen stattfinden. Ich muß die Ausführungen des Herrn Abgeordneten Schmelzer über die Gehaltsregelung der Mitglieder der Regierungskommission zurückweisen. Die Gehaltsregelung erfolgt von Genf aus durch den Völkerbund.

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 6
A4

Vorsitzender: Das Wort zu einer persönlichen Bemerkung hat Herr Abgeordneter Hoffmann!

Abg. Hoffmann(SP): Herr Abgeordneter Reinhard hat von einer Denkschrift gesprochen. Wenn diese Denkschrift existiert und wenn gesagt wird, sie hätte die Zustimmung der Sozialdemokratischen Partei erhalten, dann ist das das größte Verbrechen, welches an der Saararbeiterschaft bisher ausgeübt worden ist. Ich betone, daß die Sozialdemokratische Partei von einer solchen Denkschrift nichts weiß und daß es auch in der Presse gestanden hat, daß eine solche Denkschrift nicht existiert. Ich bin erstaunt, daß Herr Reinhard diese Ausführungen gemacht hat und ich betone noch einmal, daß meine Partei mit dieser Denkschrift nichts gemein hat.

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Kiefer!

Abg. Kiefer (Z): Ich erkläre offen, daß die Zentrumspartei von einer solchen Denkschrift nichts weiß. Niemals hat die Zentrumspartei eine Denkschrift an die englische Regierung gerichtet. Einer solchen Dummheit ist die Zentrumspartei nicht fähig.

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Reinhard!

Abg. Reinhard(KP): Ich stelle dazu fest, daß die Saarbrücker Zeitung über diese Denkschrift berichtet hat und daß die Deutsch-Saarländische Volkspartei gut informiert sein muß.

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Schmelzer!

Abg. Schmelzer(DSV): Ich darf auch noch feststellen, daß wir von einer solchen Denkschrift auch nichts wissen.

- L a c h e n -

Vorsitzender: Wir kommen nun zum Schluß. Ich darf Ihnen die eingegangenen Anträge bekanntgeben.

Abg. Kiefer(Z): Meine Herren! Ich möchte erklären, daß es sich nicht um neue Anträge handelt, sondern um Anträge, die schon dutzende Mal eingebracht und wiederholt wurden.

<u>Vorsitzender:</u>

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 6
A4

Vorsitzender: Die Anträge der Mehrheit lauten:

1) Der Landesrat beschließt:
Die Regierungskommission wird ersucht, die Bezüge der Erwerbslosen-Fürsorge mit sofortiger Wirkung um mindestens 50 % zu erhöhen und den Gemeinden Mittel zur Verfügung zu stellen zur Durchführung von Notstandsarbeiten.

2) Der Landesrat beschließt:
Die Regierungskommission wird ersucht, die Löhne der Staatsarbeiter mit Wirkung ab 1. Mai 1927 entsprechend den Forderungen der Gewerkschaften zu erhöhen.

3) Der Landesrat beschließt:
Die Regierungskommission wird ersucht, umgehend eine Verordnung vorzulegen betreffend Einführung von staatlich bezahlten und aus der Mitte der Belegschaften gewählten Grubenkontrolleuren. Bis zum Inkrafttreten dieses Gesetzes ist ein Verbot zu erlassen, daß in Zukunft keine Sicherheitsmänner mehr von der Bergwerksdirektion entlassen werden.

4) Der Landesrat beschließt:
Die Regierungskommission wird ersucht, die Notverordnung zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit (vom 18. Juni 1925) mit sofortiger Wirkung aufzuheben.

Vorsitzender: Eine Aussprache über die Anträge ist aufgrund der getroffenen Abmachungen unter den Parteien heute nicht möglich. Ich schließe die Sitzung.

Schluß der Sitzung 12 Uhr 15 Minuten.

- o O o -

LHA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 6 A4 I